Auf den teach-in heute nachmittag im Hörsaal CI wurde der Vorschlag gemacht, daß jeder Student, der eingesehen hat, daß durch die bevorstehende Verabschiedung der Notstandsgesetze, die demokratische Grundordnung der BRD mehr als gefährdet ist, persönlich die schriftliche Bitte an alle befreundeten Botschaften richten sollte, daß diese ihren Einfluß gegen eine Notstandsgesetzgebung geltend machen möchten.
Wir hoffen, daß sehr, sehr viele Studenten, Assistenten und Professoren dieser Aufforderung nachkommen werden, damit auch im Ausland erkannt wird, daß es in der BRD noch Menschen gibt, denen an der Demokratie gelegen ist.

Hier die Anschriften einiger Botschaften:

BELGIEN - Bad Godesberg, Rheinallee 51A
ENGLAND - Bad Godesberg, Heistenbachstraße 39
FRANKREICH - Bad Godesberg, Kapellenstraße 1A
DÄNEMARK - Bonn, Pfälzerstraße 14
ITALIEN - Bad Godesberg, Karl-Finkelnburg-Straße 9
LUXEMBURG - Köln, Martinstraße 20
NIEDERLANDE - Bad Godesberg, Fasanenstraße 20
RUSSLAND - Rolands Eck, Koblenzer Straße 28
SCHWEIZ - Köln, Bayerntha1 Gürtel 15
RUMÄNIEN - Köln, Oberländer Ufer 68
VEREINIGTE STAATEN VON AMERIKA - Bad Godesberg, Mehlemer Aue
SCHWEDEN- Bonn, Heuss-Allee 22
NORWEGEN- Bad Godesberg, Gotenstraße 136

ES IST EINE ZEIT GEKOMMEN, IN DER SCHWEIGEN VERRAT BEDEUTET !!!

SDS

KOMMILITONEN! GENOSSEN!

DIE STREIKBEWEGUNG GEGEN DIE DROHENDE NOTSTANDSDIKTATUR IST AUCH HEUTE IN VIELEN TEILEN DER BUNDESREPUBLIK FORTGESETZT WORDEN.

BERLIN: DER PERMANENTE STREIK DER STUDENTEN DER GERMANISTISCHEN FACHSCHAFT DAUERT WEITER AN.

AACHEN: PERMANENTE TEACH-INS. DEMONSTRATION.

MARBURG: 80% DER STUDENTEN SIND IN DEN AUSSTAND GETRETEN. DER SENAT DER UNIVERSITÄT IST AUFGEFLOGEN. STREIKPOSTEN KONTROLLIEREN DEN ZUGANG ZUR UNIVERSITÄT. SPONTANE DEMONSTRATIONEN UND TEACH-INS. AB SONNTAG HUNGERSTREIK!!
GIESSEN: 600 STUDENTEN UND SCHÜLER PROTESTIERTEN IN DER AULA GEGEN DIE ZWEITE LESUNG DER NOTSTANDSGESETZE.

LAMBURG: ETWA ZWEI DRITTEL DER STUDENTEN BETEILIGTEN SICH AM WARNSTREIK.

BREMEN: 1500 STUDENTEN DER PÄDAGOGISCHEN HOCHSCHULE, INGENIEURSSCHULE UND DER KUNSTHOCHSCHULE SOWIE 500 SCHÜLER BETEILIGTEN SICH AN EINER PROTESTKUNDGEBUNG.

GÖTTINGEN: GEGNER DER NOTSTANDSGESETZE SPRENGEN DIE IMMATRIKULATIONSFEIER.

BRAUNSCHWEIG: STUDENTEN DER TECHNISCHEN HOCHSCHULE UND DER PÄDAGOGISCHEN HOCHSCHULE DISKUTIEREN GEMEINSAM.

MÜNSTER: S T R E I K . 1400 TEILNEHMER AN DER DEMONSTRATION NACH EINEM TEACH IN.

FREIBURG: VORLESUNGSBETRIEB FÄLLT FAST VÖLLIG AUS. SCHÜLER BETEILIGEN SICH AN DISKUSSIONEN.

MÜNCHEN: TOTALER VORLESUNGSSTREIK.

RHEINLAND-PFALZ: 1500 MENSCHEN FOLGEN EINEM GEWERKSCHAFTSAUFRUF ZUM PROTESTMARSCH.

SAARBRÜCKEN: KEINE VORLESUNGEN. PROFESSOREN BETEILIGEN SICH AM TEACH IN.

Frankfurt: STUDENTEN LEGEN DEN UNIVERSITÄTSBETRIEB LAHM, SCHÜLER MEHRERER GYMNASIEN FORMIEREN SICH ZU EINEM PROTESTZUG. PERMANENTER VORLESUNGSSTREIK! SCHLÄGERTRUPPS DES RCDS UND DES NHB VERSUCHEN, STREIKPOSTEN MIT KNÜPPELN ZUSAMMENZUSCHLAGEN! SÄMTLICHE INSTITUTE SIND BESETZT. DISKUSSIONEN AUF DEN STASSEN UND IN BETRIEBEN. SECHZIG BETRIEBE TRETEN IN DEN WARNSTREIK!!

KAPITALISMUS FÜHRT ZUM FASCHISMUS, KAPITALISMUS MUSS WEG !

SDS BOCHUM - SDS BOCHUM - SDS BOCHUM - SDS BOCHUM - SDS BOCHUM - SDS

RESOLUTION

Der Rektor der Ruhr-Universität wird aufgefordert, für die nächste Woche eine Sondersitzung des Senats der Ruhr-Universität einzuberufen und folgenden Antrag behandeln zu lassen:

Der Senat der Ruhr- Universität Bochum nimmt die Diskussion um die Notstandsverfassung zum Anlass zu folgender Stellungnahme:

Die drohende Ausweitung der staatlichen Eingriffsmöglichkeiten in die Freiheit des Staatsbürgers trifft in erheblichem Maße gerade die Hochschule. Das gilt insbesondere für die geplanten Änderungen der Artikel 10, 11 und 12 des Grundgesetzes (GG).

Immer wieder haben die Hochschulen, auch die Ruhr-Universität, darauf hingewiesen, dass eine weitestgehende Autonomie der Hochschule Voraussetzung für die Wahrnehmung des in Artikel 5 GG garantierten Grundrechts ist. Staatliche Stellen haben ihre Bereitschaft gezeigt, die Autonomie der Hochschule auszuweiten.

Nun wird diese Autonomie dadurch gefährdet, dass die Freiheit der Wissenschaft betreibenden Personen eingeengt werden kann. Wenn zum "Schutze der freiheitlichen Grundordnung" z.B. das Postgeheimnis verletzt und die Freizügigkeit abgesagt werden kann, so wird ein grundsätzliches In-Frage-Stellen dieser Ordnung verhindert, da sich der Wissenschaftler dadurch gefährden könnte. Jedoch ist gerade das grundsätzliche In-Frage-Stellen Wesensmerkmal einer freien Wissenschaft.

Diese Autonomie wird auch gefährdet, wenn es möglich wird, die Berufsausübung auf dem Verordnungswege zu reglementieren.

Die Sorge des Senats der Ruhr-Universität Bochum wird gestärkt durch die gefährlichen Angriffe des Bundesforschungsministers Stoltenberg gegen Hochschullehrer, die sich gegen die Notstandsgesetze wandten. Wenn es schon wieder möglich ist, solcherart unter Beifall des Bundestages gegen Wissenschaftler vorzugehen, sind die Sorgen vor einem Mißbrauch der Notstandsgesetze nur zu gerechtfertigt.

Der Senat der Ruhr-Universität Bochum sieht desweiteren die Gefahr, dass aufgrund dieses Gesetzes die gerade zurückgegangene Auswanderungsbewegung der Wissenschaftler wieder zunimmt.

Falls d[illegible]undsgesetze vom Bundestag verabschiedet werden, wird an[illegible] Ruhr-Universität geeignete Formen des Widerstandes gegen diese Gefährdung der freien Wissenschaft und die Eingriffsmöglichkeiten des Staates überlegen müssen. Schon heute setzt der Senat eine paritätisch aus Professoren, Assistenten und Studenten zusammengesetzte Kommission ein, die beaufgragt wird, nötige Vorarbeiten zu leisten.

Das teach-in beauftragt aus formal-juristischen Gründen den Vorstand der Studentenschaft, diesen Antrag an den Senat zu stellen.

gez. Hendrik Bussiek

SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS

KAPITALISMUS MUSS ZUM FASCHISMUS – KAPITALISMUS MUSS WEG!

Kommilitoninnen, Kommilitonen, Genossen!

In fieberhafter Betriebsamkeit wollen die Manager der Großen Koalition jetzt die Dritte Lesung der Notstandsgesetze bereits Ende Mai (statt Ende Juni) durchpeitschen.

Es sieht so aus, als befürchteten sie, daß die Gewerkschaften durch das Beispiel für Streiks an Schulen, Hochschulen und spontaner Warnstreiks in Betrieben sowie der Solidarisierung der freigewerkschaftlichen Gewerkschaften mit den Studenten aus dem Stillhalteabkommen der Konzertierten Aktion ausbrechen könnten.

Unsere Freiheit, zwischen Seite x und Seite y wählen zu dürfen, soll nun endlich in unsere volle Freiheit einmünden, nämlich: wählen zu dürfen zwischen SZ x und SZ y.

Unser Widerstand gegen die Gesetze, das nun den Weg von offenen Feindschaft einschlägt, darf sich nicht in propagandistischen Phrasen erschöpfen.

Unsere vorgigen Aktionen müssen zeigen, daß wir fest entschlossen sind, in diesem Augenblick unser historisches Recht auf Widerstand p r a k t i s c h auszuüben!

KOMMT ZUM TEACH-IN
heute Abend 20 h, CI

Dort müssen wir unsere morgigen Aktionen diskutieren.

KAPITALISMUS MUSS ZUM FASCHISMUS – KAPITALISMUS MUSS WEG!!

SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS
Bochum